Delegierte nahmen Berichte zur Kenntnis – Diskussion über Satzungsfragen

Knapp 100 Anträge verabschiedet

In den drei Sitzungstagen der 20. Bundesverbandstagung wählten die Delegierten nicht allein einen neuen Bundesvorstand. Sie nahmen zahlreiche Berichte zur Kenntnis und entschieden über knapp 100 Anträge zu Satzungs-, Organisations-, Finanz- und sozialpolitischen Fragen. Außerdem verabschiedeten sie die Resolution „Inklusion wagen – Solidarität gewinnen", das Sozialpolitische Programm für die kommenden vier Jahre und eine richtungsweisende Erklärung zur Flüchtlingsfrage (siehe auch gegenüberliegende Seite 4). Als Tagungspräsident führte Ernst-Bernhard Jaensch durch die Plenarsitzungen.

Am ersten Sitzungstag wurden zur weiterführenden Information der Delegierten die schriftlich vorliegenden Berichte über die zurückliegenden vier Jahre in Auszügen mündlich vorgetragen. Es berichteten SoVD-Präsident Adolf Bauer, die Sprecherin der Frauen, Edda Schliepack, Bundesschatzmeister Bruno Hartwig, der Sprecher der Revisoren, Reinhard Meyer, der Bundesjugendvorsitzende Sönke Franz, Bundesgeschäftsführerin Stephanie Rinke und der Leiter der Abteilung Sozialpolitik, Ragnar Hoenig.

Ernst-Bernhard Jaensch stellte die Anträge zu Satzungs- und Organisationsfragen vor, über die im Plenum entschieden wurde. Zu den Arbeitsaufträgen für die kommenden vier Jahre gehören u. a. Anträge zur Stärkung und Zukunftsorientierung der Verbandsstrukturen sowie zur Mobilisierungsfähigkeit des Gesamtverbandes.

Ernst-Bernhard Jaensch führte als Tagungspräsident durch die Plenarsitzungen.

Klaus Michaelis, Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses und der Antragskommission für sozialpolitische Fragen, stellte das Sozialpolitische Programm und die entsprechenden Anträge vor.

Einen Schwerpunkt der sozialpolitischen Verbandsarbeit bildet demnach auch künftig die Forderung nach Inklusion in allen Politik- und Gesellschaftsbereichen.

Dazu gehören die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, die Verwirklichung inklusiver Bildung, die Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsleben und eine stärkere Arbeitgeberverpflichtung zur Beschäftigung behinderter Menschen.

Entscheidend sind dabei auch die Entwicklung eines fortschrittlichen Teilhaberechtes, die Anwendung und Fortentwicklung des Rehabilitationsrechtes, die Verbesserung des Schutzes vor Diskriminierung, die besondere Beachtung von Belangen behinderter Frauen sowie die konsequente Sicherstellung von Barrierefreiheit und Nachteilsausgleichen.

Zentrale Forderungen des SoVD betreffen zudem die Stärkung des Sozialstaates, die Bekämpfung privater und öffentlicher Armut und die Herstellung von mehr Belastungs- und Verteilungsgerechtigkeit.

Weitere Positionen sind u. a. die Sicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die Rückkehr zur lebensstandardsichernden Rente sowie jährliche und lohnorientierte Rentenanpassungen.

Schwerpunkte bilden nach wie vor auch die Forderungen des Verbandes nach einer solidarischen Krankenversicherung sowie nach einer würdevollen Pflege. *veo*

Bruno Hartwig berichtete als Bundesschatzmeister über die vergangenen vier Jahre.

Auch der Sprecher der Revisoren, Reinhard Meyer, trug seinen Bericht vor.

Fotos (7): Wolfgang Borrs

Das Tagungspräsidium der 20. Bundesverbandstagung des SoVD.

Frauen im SoVD

Edda Schliepack

In ihrem Bericht hob Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack bundesweite Veranstaltungen wie die Bundesfrauenkonferenz „Frauenherzen ticken anders", die Jubiläumskonferenz „Frauen wehren sich gegen Gewalt", die Frauenalterssicherungskonferenzen von ver.di und SoVD sowie den Tag der Entgeltgleichheit hervor. Themen der frauenpolitischen Arbeit waren auch „Gewalt gegen Frauen", „Minijobs", „Frauen in Führungspositionen", das „Betreuungsgeld" und die „Mütterrente". Schliepack dankte den Landesfrauensprecherinnen für die gute Zusammenarbeit. Die mit großer Mehrheit wiedergewählte Frauensprecherin wird den Bundesverband auch künftig in allen Fragen der Frauenpolitik gegenüber Politik, Ministerien und Verwaltungen vertreten.

Personalien

Stephanie Rinke

Neue Bundesgeschäftsführerin des SoVD ist **Stephanie Rinke**. Die Volljuristin war seit 2008 im Stab der Geschäftsführung tätig und leitete den Verband zuletzt kommissarisch.

Sie wurde am 8. November vom SoVD-Bundesvorstand in ihrer Funktion bestätigt. Zuvor sammelte Rinke umfangreiche Erfahrungen bei öffentlichen Einrichtungen und Trägern mit sozialrechtlichem Bezug.

Jugendpolitik im SoVD

Sönke Franz

Der Bundesjugendvorsitzende Sönke Franz wies darauf hin, dass sich die Zahl der jungen Mitglieder in den letzten vier Jahren erfreulich erhöht habe. Derzeit seien 18 500 junge Menschen im Verband organisiert. Die SoVD-Jugend bot flächendeckend Seminare, Aktionen und Veranstaltungen an. Der sozialpolitische Auftrag wurde auch über den Internetauftritt der SoVD-Jugend, durch Wahlhilfebroschüren sowie über die Themensetzungen in den Bundestreffen und Konferenzen erfüllt. Kooperationen entstanden u. a. mit der Bundeszentrale für politische Aufklärung.

Beitragserhöhung

Zur Stabilisierung und Zukunftsausrichtung sowie zur Stärkung der Handlungsspielräume in allen Gliederungsebenen haben die Delegierten der 20. Bundesverbandstagung – nach 14 Jahren Beitragsstabilität – eine moderate Beitragserhöhung zum 1. Januar 2016 beschlossen. Der Einzelmitgliedsbeitrag beträgt demnach künftig 6 Euro monatlich, der Partnermitgliedsbeitrag 9 Euro monatlich und der Familienmitgliedsbeitrag 10 Euro monatlich. Die in einzelnen Landesverbänden erhobenen Sonderbeiträge werden aufgehoben.